



Herz und Schmerz

Notärzte haben bei aufregenden Fußballspielen oft viel zu tun. **Seite 10**

Grafik: 123rf/Tatiana Plesovskikh

Pleiten und Pannen

Untersuchungsausschuss zum BER legte Abschlussbericht vor. **Seite 11**

Klasse statt Rasse

Bildungskrise 40 Jahre nach dem Aufstand von Soweto. **Seite 3**

Foto: dpa/Kim Ludbrook

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 16. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 139

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Hemmungslos

Uwe Kalbe zur neuesten Auflage der Langzeitstudie über rechte Einstellungen in der Gesellschaft

Nicht immer mehr Deutsche neigen zu rechtsextremistischen Einstellungen, aber immer mehr Deutsche mit rechtsextremistischen Einstellungen neigen zu Gewalt oder sind bereit, sie zu tolerieren. Die Langzeitstudie zur »enthemmten Mitte« bestätigt, was sich besonders abstoßend in den Bildern von Pegida in Sachsen zeigte und was in seinen Konsequenzen als höchst beunruhigend empfunden werden muss. Es ist die wissenschaftliche Warnung, dass etwas gründlich falsch läuft in diesem Land.

Die Radikalisierung von immer mehr Menschen – vorerst meist im Denken – ist natürlich für sich genommen genug Grund zur Sorge. Doch damit beginnt die Gewalt nicht. Sinkende Hemmungen gegenüber Gewalt sind auch Antwort auf eine zunehmende Radikalisierung in den politischen Verhältnissen, die die Menschen beobachten, von der ihr Alltag begleitet wird. Es ist eine Adaption der Botschaft, die die Abgehängten in der Gesellschaft seit Jahren erreicht: Erbarmen habt ihr nicht zu erwarten. Und die noch nicht Abgehängte genauso verinnerlichen. Die Handlungsmuster, die Erfolg in der Gesellschaft versprechen, empfehlen Egoismus statt Empathie.

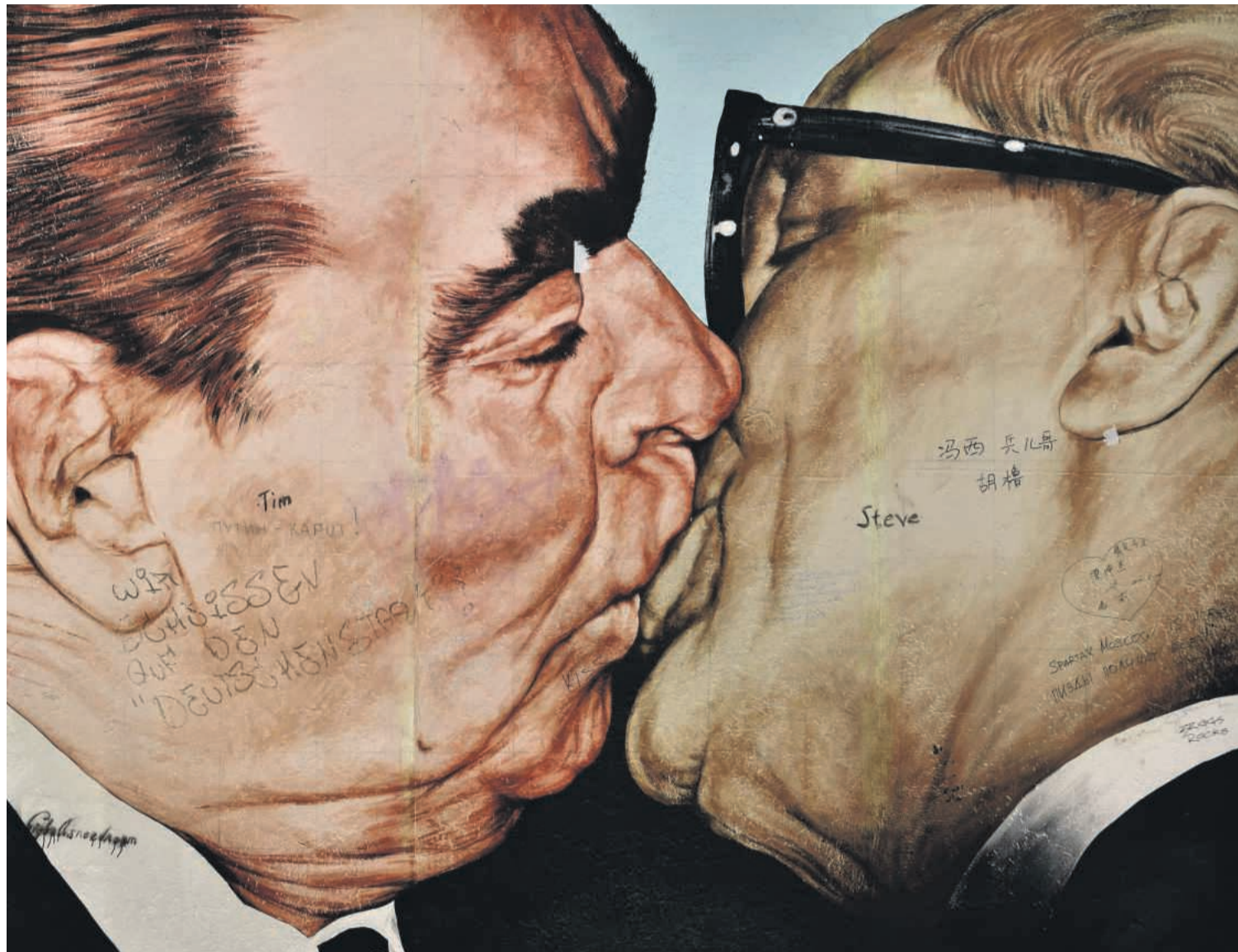
Das hat sicher viele Folgen. Neben der Angst bringt es Misstrauen und eine abstoßende Neigung hervor, noch Schwächere zu Verantwortlichen für das eigene Unbehagen zu machen. Flüchtlinge, Boten des Grauens, werden mit diesem identifiziert oder als Lügner diffamiert. Kein Platz mehr für Erbarmen. Wehe, wenn zudem die Hemmungen fallen.

UNTEN LINKS

Kinder können nicht früh genug lernen, sich selbst zu verteidigen. Besorgte Eltern nehmen dankbar entsprechende **Kursangebote** von Polizei- und Kampfsportvereinen an. Dass nun ausgerechnet die Selbstverteidigungsministerin Ursula von der Leyen eine solche Schulung untersucht hat, ist verantwortungslos. Was hat sie dagegen, wenn Kinder in den Gebrauch von Maschinenpistolen und Sturmgewehren eingewiesen werden, wie es jüngst beim Bundeswehr-Tag geschah? Donald Trump hat darauf hingewiesen, dass das Massaker von Orlando zu verhindern gewesen wäre, wenn mehr Besucher des Clubs bewaffnet gewesen wären. Auch Spielplätze würden sicherer, wenn Revolver dort so normal wären wie Buddelschuppen. Dass in den USA gelegentlich ein Zweijähriger seine Mutter erschießt, ist kein Argument gegen die Bewaffnung von Kleinkindern. Denn nachweislich hatte kein an diesen bedauerlichen Unfällen beteiligtes Kind je eine Schulung durch die Bundeswehr durchlaufen. *mha*

Festival der Vorurteile

Studie zeigt verstärkte Ablehnung von Muslimen, Flüchtlingen, Homosexuellen



Männer, die sich öffentlich küssen: 40 Prozent der Deutschen finden das ekelhaft.

Foto: imago/imagebroker

Berlin. Die politischen Einstellungen der Deutschen driften auseinander. Während eine deutliche Mehrheit der Gesellschaft rechtsextremes Denken und Gewalt zum Teil ablehnt und dort das Vertrauen in demokratische Institutionen in den letzten zehn Jahren gestiegen ist, seien Menschen mit rechtsextremem Einstellung immer mehr bereit, zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt anzuwenden, heißt es in der am Mittwoch in Berlin vorgestellten Studie »Die enthemmte Mitte« der Universität Leipzig.

Sie basiert auf bundesweiten Interviews von 2420 Personen im Alter zwischen 14 und 93

Jahren, davon 503 in Ostdeutschland. Die Befragung fand im Frühjahr 2016 statt. Laut Studie gibt es dabei nur geringe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Als ausländerfeindlich gelten im Osten 22,7 Prozent der Befragten, im Westen sind es 19,8 Prozent, bundesweit 20,4 Prozent. »Es gibt zwar keine Zunahme rechtsextremem Einstellungen, aber im Vergleich zur Studie vor zwei Jahren befürworten Gruppen, die rechtsextrem eingestellt sind, stärker Gewalt als Mittel der Interessendurchsetzung«, sagte der Leiter der Studie, Oliver Decker, vom Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieför-

schung der Universität Leipzig. »Die Ablehnung von Muslimen, Sinti und Roma, Asylsuchenden und Homosexuellen hat noch einmal deutlich zugenommen«, unterstrich einer der Autoren und Begründer der »Mitte«-Studie, der Leipziger Sozialpsychologe Elmar Brähler. 49,6 Prozent sagten zum Beispiel, Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden (2014: 47,1 Prozent).

Weiter zeigt sich, dass Rechtsextreme in der AfD eine neue Heimat gefunden haben. Fast 35 Prozent der rechtsextrem Eingestellten gaben an, AfD zu wählen, vor zwei Jahren waren es lediglich 6,3 Prozent. *epd/nd* **Seite 5**

Marine-Mission vor Libyen wird aufgerüstet

UN-Sicherheitsrat erteilt der EU Mandat für Einsatz militärischer Gewalt gegen Waffenschmuggler

Der UN-Sicherheitsrat hat das Mandat für den EU-Militäreinsatz im Mittelmeer vor Libyen ausgeweitet.

New York. Nach dem der UN-Sicherheitsrates der EU ein Mandat erteilt hat, neben einem Militäreinsatz gegen Flüchtlingsschleuser künftig auch gegen Waffenschmuggler mit Waffengewalt vorgehen zu dürfen, drückt die EU beim Vorgehen vor Libyen aufs Tempo. Bereits für Mittwoch wurden Beratungen über den neuen Operationsplan für die Marine-Mission »Sophia« angesetzt, um einen Beschluss der EU-Außenminister am Montag zu ermöglichen, wie EU-Diplomaten sagten. Ziel ist es, Waffenlieferungen an die Dschihadistenmiliz IS und andere Gruppen zu stoppen, die gegen die libysche Einheitsregierung kämpfen.

Alle 15 Mitglieder des Sicherheitsrats billigten in New York die von Großbritannien und Frank-

reich eingebrachte Resolution. Die UNO erteilte dabei für zwölf Monate die Erlaubnis, Schiffe auf hoher See beim Verdacht auf Waffenlieferungen auch unter Einsatz militärischer Gewalt zu durchsuchen. Waffen können dabei beschlagnahmt und Schiffe und Besatzungen in nahegelegene Häfen gebracht werden.

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) begrüßte die Entscheidung. Der einstimmig gefasste Beschluss zeige die Geschlossenheit der Weltgemeinschaft, sagte sie beim Treffen der NATO-Außenminister in Brüssel. Libyen dürfe in seiner »fragilen Situation« nicht weiter mit Waffen überschwemmt werden. In dem Krisenland mit rund sechs Millionen Einwohnern gibt es nach UN-Angaben schon jetzt 20 Millionen Waffen aller Art.

Gegen Libyen besteht schon seit 2011 ein Waffenembargo. Seit dem Sturz von Machthaber Muammar al-Gaddafi im selben Jahr

wird das Land von konkurrierenden bewaffneten Milizen beherrscht. Die unter UN-Vermittlung gebildete Einheitsregierung in Tripolis versucht nach und nach, die Kontrolle zu gewinnen.

»Das neue UN-Mandat soll die Interessen der EU-Mitgliedsstaaten in Libyen durchsetzen.«

Andrej Hunko, LINKE

Die Europäer hatten seit Wochen für das UN-Mandat geworben. Das ständige Sicherheitsratsmitglied Russland machte zur Bedingung, dass die EU das Vorgehen gegen Waffenschmuggler übernimmt, nicht aber die Nato. Gemäß der UN-Entscheidung muss die EU vor Durchsuchungen erst versuchen, die Erlaubnis des

Staates einzuholen, unter dessen Flagge das Schiff fährt.

Die Europäer hatten die »Sophia«-Mission im vergangenen Jahr gestartet, um in der Flüchtlingskrise gegen Schleuser vorzugehen. Die EU-Schiffe dürfen dabei verdächtige Boote stoppen, durchsuchen und beschlagnahmen. Zudem rettet »Sophia« Flüchtlinge aus Seenot. Die Bundeswehr kann sich mit bis zu 200 Soldaten beteiligen, derzeit stellt sie zwei von fünf Schiffen des Einsatzes.

Kritik am Beschluss des UN-Sicherheitsrates kommt von der LINKEN. »Die vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Ausweitung ist äußerst gefährlich. Das neue UN-Mandat soll die Interessen der EU-Mitgliedsstaaten in Libyen durchsetzen. Die Politik folgt dabei dem Berlusconi-Motto »Mehr Öl, weniger Migranten«, erklärte Andrej Hunko, europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. *Agenturen/nd*

Staat ist wahrer Verfassungsfeind

Grundrechte-Report 2016 vorgestellt

Karlsruhe. In Deutschland werden die Grundrechte nicht durch Bürger gefährdet, sondern vielmehr durch öffentliche Institutionen – das ist die Kernbotschaft des Grundrechte-Reports 2016. Der neueste Band des von Bürgerrechtsorganisationen herausgegebenen Berichts wurde am Mittwoch in Karlsruhe vorgestellt. Gewalt gegen Flüchtlinge, die Verschärfung des Asylrechts, Datenmissbrauch und Polizeigewalt sind wie schon in den vergangenen Jahren die Hauptthemen.

Rechtsanwalt Till Müller-Heidelberg erklärte den Grundrechte-Report zum »wahren Verfassungsschutzbericht«. Bei den staatlichen Berichten stünden »angebliche Sicherheitsbedürfnisse« im Vordergrund. Bisher habe jedoch keine der in den Berichten genannten Personen oder Organisationen »je ernsthaft unsere Verfassung bedroht«. Der Schutz der Verfassung müsse durch die Bürger selbst geleistet werden, fordern die Autoren des Berichts. Kritische Juristen und Bürgerrechtler dokumentieren seit 20 Jahren die Beschneidung der Grundrechte durch den Staat. *epd/nd* **Seite 5**

Clinton gewinnt letzte Vorwahl

Sanders kündigte Erklärung an

Washington. Die Präsidentschaftsbewerberin der Demokraten, Hillary Clinton, hat die letzte Vorwahl ihrer Partei in der Bundeshauptstadt Washington klar gewonnen. Nach Angaben US-amerikanischer Medien erzielte die frühere Außenministerin der Vereinigten Staaten rund 79 Prozent der Stimmen. Für ihren innerparteilichen Konkurrenten Bernie Sanders hatten sich demnach etwa 21 Prozent ausgesprochen.

Die Demokraten wie auch die Republikaner hatten in 50 Staaten, fünf Außengebieten und in der Hauptstadt über ihren Kandidaten abstimmen lassen. Clinton gewann bei den Demokraten 34 dieser 56 Wahlen, Sanders 22. Damit tritt Clinton bei der Wahl im November gegen den bereits länger feststehenden republikanischer Bewerber Donald Trump an.

Der unterlegene demokratische Kandidat will sich am heutigen Donnerstag per Video an seine Anhänger wenden. Sanders hat angekündigt, seinen inhaltlichen Kampf bis zum Wahlparteitag im Juli in Philadelphia fortsetzen zu wollen. *dpa/nd* **Seite 2**

Unsichere Grüne Herkunftsländer

Landesregierungen schwanken vor Entscheidung im Bundesrat

Berlin. Im Streit um die Einstufung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsländer deutet sich eine Zustimmung der grün-schwarzen Landesregierung von Baden-Württemberg im Bundesrat an. Den Angaben zufolge soll es eine zusätzliche Vereinbarung geben, nach der besonders gefährdete Gruppen wie Homosexuelle, politische Akteure und Journalisten Schutz erhalten. Zwischen Grünen und CDU hatte es Streit über die Position dazu gegeben, Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) äußerte Vorbehalte. Die Bundesregierung ist auf die Zustimmung von mindestens drei Bundesländern mit Regierungsbeteiligung der Grünen angewiesen. Der Grünen-Abgeordnete Jürgen Trittin warnte seine Parteikollegen vor einer Unterstützung der Asylpolitik der Großen Koalition. Die Maghreb-Staaten seien keine sicheren Herkunftsländer. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat deren Einstufung als sichere Herkunftsländer für unverzichtbar erklärt. *dpa/nd*

ISSN 0323-3375

